

# Nebroner Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM. — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Hofleben.  
Druck, Verlag und Briefabfertigung: Sauerische Buchdruckerei, Hofleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 84/85.  
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Westmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 100

Sonnabend, den 23. August 1930

43. Jahrgang

## Rücktritt des bayerischen Kabinetts.

Der Landtag lehnt die Schlafsteuer ab.

München, 21. August.

In der letzten Volltagung des Bayerischen Landtages schloß sich an die Regierungserklärungen zur Schlafsteuerfrage eine mehrstündige Aussprache an, in der die Vertreter der einzelnen Parteien nochmals ihren schon bekannten Standpunkt darlegten.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Schlafsteuererhebung der Staatsregierung wurde mit 65 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, der Deutschen Volkspartei und des Bauernbundes gegen 58 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen angenommen.

Finanzminister Dr. Schmetzle erklärte dann, der Landtag habe ein Gesetz beschlossen, das nach seiner Überzeugung von den vorübergehenden Folgen für den bayerischen Staat sein werde. Nach den Vorschriften der Verfassung müsse dieses Gesetz vom Präsidenten des Landtages und dem Gesamtstaatsministerium verfertigt werden.

Es gehe gegen sein Gewissen, dieses Gesetz durch seine Unterschrift zu befehlen. Diesen Konflikt der Pflichten glaube er nur dadurch lösen zu können, daß er seinen Rücktritt von seinem Amt erkläre. Ministerpräsident Dr. Held hat unmittelbar nach der Plenarberatung des Landtages den Landtagspräsidenten schriftlich von dem Rücktritt des gesamten Ministeriums unterrichtet.

Nun ist durch die Schlafsteuer, über die monatelang hin und her verhandelt worden war, das Kabinet Held gestürzt worden, das in sechs Jahre längerer erster und vorerworbener Arbeit in Bayern gute Aufbauarbeit geleistet hat. Da bei der Stärke der Bayerischen Volkspartei eine Regierung in München ohne ihre Mitarbeit nicht zu möglich ist, so wird man in Würde ein Kabinet wiederbestellen sehen, das unter der Führung dieser Partei, aber wohl kaum mit Held an der Spitze, höchstens in besserem Einvernehmen mit dem Berliner Zentralstellen, die Geschäfte Bayerns lenken wird.

München, 22. August.

Nach den letzten politischen Ereignissen in Bayern ist im Augenblick ein ungeklärter Zustand eingetreten, da die bisherige Regierung Held nach den Bestimmungen der bayerischen Verfassung vorläufig als geschäftsführendes Ministerium die Amtsgeschäfte weiterführt, die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung aber noch nicht aufgenommen worden sind. Unklarheiten führt die Presse fort, sich mit der Lage zu beschäftigen.

So schreiben

die „Münchener Neuesten Nachrichten“:

daß die bayerische Krise in ihren Ausmaßen noch gar nicht zu übersehen ist. Eine Koalition aus Sozialdemokraten, Deutscher Volkspartei und Bauernbund ist theoretisch denkbar, würde aber nach ihrer Zusammensetzung im Landtag versagen. Zu einem Leitartikel schreibt:

die „Münchener Zeitung“:

die ganze Initiative sei nun an eine Mehrheit übergegangen, die nicht handlungsfähig ist. Schon der Versuch, Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten an einen Verhandlungstisch zu bringen, würde sich wie eine Komödie ausnehmen. Was für Bayern mit dieser Regierung verloren ging, werde dem Lande in der ganzen schmerzlichen Bedeutung des Verlustes wohl erst am Bewußtsein kommen, wenn es merkt, daß im Kampf um das eigene Leben Bayerns die Zusammenfassung der Kräfte verlagert, weil die Führung fehlt.

Keine rasche Lösung.

Mit einer schnellen Lösung der Krise kann nicht gerechnet werden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben zum großen Teil München bereits verlassen, um an der Wahltagung für die Reichstagswahlen teilzunehmen, und es dürfte kaum dazu zu rechnen sein, daß die sozialdemokratische Fraktionssitzung eine so vollständige Befehung aufweisen wird, daß eine entscheidende Stellungnahme erfolgen könnte.

Im übrigen wird in sozialdemokratischen Kreisen die Ansicht laut, daß die Wochen innay vor der Reichstagswahl überhaupt nicht geteilt seien, Verhandlungen über eine Regierungsbildung zu führen und daß diese Verhandlungen wohl erst nach dem 14. September durchführbar seien.

Landtagspräsident Glang hat an Ministerpräsident Dr. Held ein Schreiben übermittelt mit dem Dank des Landtages für die Arbeit im Dienste des bayerischen Heimatlandes. Der Präsident spricht die Hoffnung aus, daß diese verdienstvolle Arbeit gute Früchte zeitigen und daß der große Gedanke eines starken selbständigen Bayern im Geiste eines starken Deutschen Reiches seine fiegende Kraft erweisen werde.

## Der erste Schritt zur Reichsreform.

Das Reichsverwaltungsgericht.

Berlin, 21. August.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht durch das Reichskabinet ist der erste Schritt zur Reichsreform getan.

Artikel 107 der Reichsverfassung bestimmt, daß im Reich und in den Ländern nach Maßgabe der Befehle Verwaltungsgerichte zum Schutz der einzelnen gegen Verord-

nungen und Verfügungen der Verwaltungsbehörden bestehen müssen. Die Zuständigkeit der bisher in den Ländern bestehenden Verwaltungsgerichte befristet sich auf die jeweils im Gesetz aufgeführten verwaltungsrechtlichen Einzelfragen. Das neu zu schaffende Verwaltungsgericht wird die Anfangs darstellten, die allgemein zur höchstgerichtlichen Rechtspflege über das Verwaltungsrecht berufen ist.

Diese Einrichtung des Reichsverwaltungsgerichts war eine dringende politische Notwendigkeit.

Schon im Jahre 1927 hat die Preussische Staatsregierung ein Angebot gemacht, das die Oberverwaltungsgericht mit dem Reichsverwaltungsgericht verknüpfen werden soll und die Preussische Staatsregierung hat auf diesem Zweck Personal, Gebäude und Bibliothek zur Verfügung gestellt. Der auf dieser Grundlage neu aufgebauete Entwurf des Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht lag nun eingehender Beratung zwischen dem Reichs- und dem preussischen Reichsrat mehr als Jahresfrist fertig vor. Er hat nun der Reichsregierung nur deswegen nicht vorgelegt werden können, weil das Reichskabinet mit anderen Aufgaben überlastet war. Der Reichsminister Seeger hat schon im vorigen Jahre die Vorlage des Gesetzes angedeutet, er ist aber auch wegen Arbeitsüberlastung nicht dazu gekommen, den eingehenden Körperschaften den Entwurf vorzulegen.

Dieser jetzt vom Reichskabinet verabschiedete Gesetzentwurf sieht eine wesentliche Vereinfachung der Verfahren des Reichs und der Länder vor, sowie eine ebenso dringende notwendige Vereinfachung des Verwaltungsrechtsweges der Länder.

Nach diesem Entwurf soll das Reichswirtschaftsgericht, das Kartellgericht und das Bundesamt für Heimatwesen mit dem Reichsverwaltungsgericht verschmolzen werden. Ebenso soll das Preussische Oberverwaltungsgericht in diesem Gericht aufgehen. Vier oberste Verwaltungsgerichte werden also zusammengelegt und das bedeutet eine weitgehende Einsparung. Die Verhandlungen mit Preußen sind im wesentlichen durchgeführt. Die noch verbleibenden Punkte werden leicht erledigt werden können. Es ist zu erwarten, daß auch die Länder ihre höchstgerichtliche Verwaltungsrechtspflege dem Reichsverwaltungsgericht übertragen werden.

## Das neue Wahlgesetz.

Ein Entwurf des Reichstablesins.

Berlin, 22. August.

Der Entwurf eines neuen Reichswahlgesetzes, wie er vom Reichskabinet verabschiedet worden ist, bringt über die in der Verfassung bereits festzulegen bestimmten wesentlichen Einzelheiten kaum neuere Bestimmungen.

Der Entwurf beschäftigt nicht, grundlegend das bestehende Wahlgesetz zu ändern, sondern im wesentlichen der im Laufe der Jahre immer wieder erhobenen Forderung gerecht zu werden, daß der Wähler Einfluß auf die Auswahl der Bewerber gewinnt.

Das war bei dem jetzigen System der langen Listen und gebundenen Stimmen nicht möglich. Diese langen Listen aber hatten ihren Grund in den überhöhten Wahlkreisen. Dadurch hat der Wähler keine Fühlung mit dem Bewerber, oder richtiger der Bewerber keine Fühlung mit dem Wähler. Deshalb ist es das Ziel des jetzigen Entwurfs, die langen Listen und die großen Wahlkreise zu beseitigen.

Ferner soll angestrebt werden, klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu schaffen. Aufgabe des Parlamentes im Staat ist parlamentarischer Beschaffung ist es, dem Staat die Führung zu geben. Diese Aufgabe kann, so heißt es in der Begründung des Entwurfs, das Parlament nicht erfüllen, wenn die Zersplitterung der Parteien überhand nimmt.

Ziel der Reform war somit die Abschaffung der Liste im deutschen Sinne. Deshalb kommt die Reichsliste in Betracht, weil nur dadurch der Verfassungsgrundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl richtig gewahrt und der Förderung der persönlichen Verbindung von Abgeordneten und Wählern Rechnung getragen wird. Bei der

Abhebung der neuen Wahlkreise

ist man nach mannigfachen Untersuchungen und Berechnungen auf den Durchschnittswahlkreis von 385 000 Einwohnern gleich etwa 256 000 Stimmberechtigten gekommen. Bei einer Verteilungszahl von 70 000 Wählern in einem Wahlkreis bei starker Bevölkerungszahl zur Zeit drei Abgeordnete durchgebracht werden. Nach der bisherigen Erfahrung wird es den großen Parteien, den Sozialdemokraten etwa in Berlin, dem Zentrum im Rheinland, unter Umständen möglich sein, mit 2 Abgeordneten aus dem Wahlkreis herauszugeben.

Da der amtliche Stimmzettel in Wegfall kommt, wird man in Zukunft wieder die Parteilistenmethode verwenden, die den Namen der Bewerber enthalten müssen und auch die Beschreibung ihrer Partei enthalten dürfen.

Zur Ermittlung des Wahlergebnisses wird die Zahl der auf die Parteien im Wahlkreis entfallenden Sitze und ihre Unterverteilung auf die Wahlkreise dieses Verbandes festgelegt. Bei Einzelbewerbern ist lediglich das Erreichen der Verteilungszahl (70 000) zu ermitteln. Dieses Verfahren führt zunächst die Wahl des am ersten Stelle der Liste stehenden Bewerbers, der zweite und evtl. dritte Bewerber findet erst Berücksichtigung, wenn erster Stimmzettel nach den auszufüllenden Teilzahlen wieder an die Reihe kommt. Die dann noch vorhandenen Restsitze werden den Wählern

benanden sollen in den Ländergruppen berücksichtigt werden.

Die zwölf Ländergruppen ergeben sich für Norddeutschland im wesentlichen aus der provinziellen Gliederung Preußens, für Süddeutschland und Sachsen aus der Ländergliederung. Der größte Wahlkreisband ist der Wahlkreis Berlin mit über 4 Millionen Einwohnern und 11 Wahlkreisen. Es folgen Sachsen-West mit 2,8 Millionen und Brandenburg mit rund 2,6 Millionen-Nord, Westfalen-Süd und Oberbayern-Schoben mit je rund 2,5 Millionen Einwohnern. Den kleinsten Wahlkreis bildet Ost-Sachsen mit etwas über eine Million Seelen.

Hervorzuheben ist noch, daß es nach dem neuen Entwurf der Gliederung von Wahlberechtigten nicht mehr bedarf, und daß er der Bildung von Spitzervereinen entgegenwirkt. Innerhalb der Ländergruppen kann eine Bereinigung der Restsitze nun insofern erfolgen, als die betreffenden Parteien Sitze im Verband selbst erlangt haben.

Es beginnt zu lagern.

Wieder eine Forderung auf Revision des Youngplanes.

Berlin, 22. August.

Der Präsident der Agricultural Economic Society von Großbritannien, haben, erklärte im Anschluß an eine landwirtschaftliche Tagung in einer Unterredung, für die Lösung der internationalen Wirtschaftskrisis sei erstens die Revision des Youngplanes und zweitens eine Verminderung der amerikanischen Forderungen gegenüber den allierierten Schulden erforderlich. Der Zusammenbruch des Youngplanes werde voraussichtlich im Jahre 1932 oder spätestens 1933 erfolgen.

## Deutschnationale Demonstrationen.

Ausführungen in Arzrau und Posen.

Warschau, 22. August.

Die Legionäre, die Großmachtige und einige andere veranordnete Verbände versammelten in Arzrau eine Kundgebung gegen die Rede von Trevisan, an der sich den Redungen der polnischen Presse zufolge etwa 10 000 Personen beteiligt haben sollen.

Es wurde eine von einem Abgeordneten verlesene Entschließung angenommen, die feststellt, daß das ganze polnische Volk bereit sei, seine Grenzen zu verteidigen. Dann sang die Menge das Lied von der ersten Brigade und das deutschnationale Rosa-Lied. Anschließend wollte die Menge vor das deutsche Konsulat ziehen, wurde daran aber von der Polizei verhindert.

Ferner fand in Zoologischen Garten in Posen eine große nationaldemokratische Kundgebung gegen die Rede des Reichsministers Trevisan statt. Die Sätze waren überfüllt. Nach den verschiedenen Ansprachen, die mit stürmischer Begeisterung begrüßt wurden, sang man am Schluß der Versammlung das deutschnationale Rosa-Lied.

Hierauf jagte die Menschenmenge vor das deutsche Konsulat, wo gleichfalls das Rosa-Lied gesungen wurde und Pfui-Rufe ertönten. Zu Ausschreitungen ernsterer Natur ist es nicht gekommen.

## Zwei polnische Niederlagen.

Für die deutsche Minderheit niedrige Entscheidungen.

Warschau, 22. August.

Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, hat heute für die deutsche Minderheit niedrige Entscheidungen zu Ungunsten Polens getroffen.

In einer Klage des deutschen Landwirts Paul Michalik aus Studzionka, Kreis Nizhni, hat Calonder auf die Beschwerde des Deutschen Volksbundes entschieden, daß die Nichtberücksichtigung des Beschwerdeführers Michalik anlässlich der Parzellierungsaktion in Studzionka gegen die Genfer Konvention verstoße. Die zuständigen Behörden wurden aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, um dem Beschwerdeführer zu seinem Recht zu verhelfen.

Die zweite Entscheidung bezieht sich auf eine Beschwerde des Deutschen Volksbundes wegen Entlassung des Fleischbeschauers Melchior aus Gornice, Kreis Ragnit, weil er der deutschen Minderheit angehört. Die eigentliche Entscheidung ist noch nicht gefallen, was der Volksbund sich weigerte, die Akten dem Präsidenten der Gemischten Kommission vorzulegen. Calonder hat hier entschieden, daß die Akten ihm von den zuständigen Behörden vorzulegen seien, da eine Bewegung zur Herausgabe nicht nur den formellen Bestimmungen, sondern überhaupt dem Sinn und Geist der Genfer Konvention widerspreche.

Die polnische Regierung hat die beiden Entscheidungen nicht angenommen. Der Deutsche Volksbund hat daraufhin vor der Gemischten Kommission erklärt, daß er die Beschwerden an die Parteien weiterleiten werde.

## Die Angstpsychose in Frankreich.

Daladier für Verständigung.

Paris, 22. August.

Der Vorliegende der radikalsozialistischen Partei und ehemalige Minister Daladier befaßt sich in seinem Organ „Republique“ mit der Aufnahme, die das Buch General von





# Reise im Meer

## Überallstürme von Ost nach West

### S. O. S.-Rufe! — Zahlreiche Schiffskatastrophen der letzten Wochen. — Was der Ozean verschlingt. — Ursachen der Katastrophen.

In diesen Tagen vernahmen wir von mehreren Passagier- und Handelsdampfern, die ihre S. O. S.-Rufe über den Ozean sandten, weil sie sich in Seenot befanden oder aus irgendeinem Grunde led geworden waren. Im Zusammenhang mit dieser traurigen Tatsache ist es vielleicht nicht uninteressant, einige Erhebungen darüber anzustellen, wie viele große Katastrophen sich im Laufe der Jahre zutragen, was der Ozean verschlingt und worin die Ursachen dieser Schiffsunglücke zum Teil liegen. Wir sind so schnellig geworden, daß wir bestenfalls nur die ganz großen Katastrophen in Erinnerung behalten, daß wir von Untergang der „Titanic“ oder einer „Cypria“ wissen, ohne daran zu denken, wie viele Opfer diejenigen Katastrophen im Laufe der Jahrzehnte fordern, die wir im allgemeinen als „kleine Fälle“ bezeichnen. Fälle, die des sensationellen Interesses entbehren, sind morgen von uns vergessen, ohne daß wir uns eingehender mit ihnen beschäftigen hätten. Welchen Schaden ist dem Beispiel nach bekannt, daß allein im Jahre 1900 an den deutschen Küsten vierhundertachtundsechzig Schiffe verschiedener Neutralitäten verunglückten? Diese Unglücksfälle waren zweifellos auch tragisch genug, die S. O. S.-Rufe dieser Schiffe waren ebenfalls Verweisselungsschreie, wie die einer „Titanic“. In einer Zeitspanne von mehreren zehn Jahren gingen achthundertachtundsechzig deutsche Schiffe auf See verloren. Dreihundertbeimundzwanzig wurden durch Kollision oder andere Umfälle zerstört, während hundertneundneundzig Schiffe einfach verschollen gemeldet und als solche registriert worden sind. Was der Ozean verschlingt hat, davon brauchen wir hier gar nicht zu reden, es sind Zahlen, des Schreckens. Aber auch in dem Jahrzehnt nach dem Kriege waren die Seenot, die Schiffsunglücke nicht gerade geringer. Nach wie vor fingen beschadete Schiffe die S. O. S.-Rufe auf, hatten, solange sie noch helfen konnten. Freilich, manches Schiff ging unter mit Mann und Maus, manches verunglückte mit Besatzung und Besatzung, und erst nach vielen Jahren gab manchmal das Meer ein Geheimnis preis.

Wie vielerartig sind die Möglichkeiten, denen ein Schiff zum Opfer fallen kann. Es brauchen nicht immer gigantische Eisberge zu sein, die plötzlich gespenstlich aus dem Wasser auftauchen, die die Bordwand schon zermetert haben ebe-

der Kapitän „abdröhen“ konnte. Unwetterkatastrophen bringen Schreckenstage auf dem Wasser, Sturm und Wasser spielen mit dem gewaltigen Schiffkörper wie mit einer Pflanzschiffen, werfen ihn rauf und runter, die Schiffschrauben unterliegen im Kampf mit dem eisernen Element. Das Schiff ist Feuerlos, und die Katastrophe steht unmittelbar bevor. Unten im Funkenraum sitzt der Telegraphist, der auf Anordnung seines Kapitäns die S. O. S.-Rufe hinausruft. Helft uns, wir sind in Not! Und dann kommen die Stunden langen Wartens. Sind wir gehört worden, kann man uns Hilfe bringen?

Aber nicht nur Naturkatastrophen allein sind die Ursachen solcher gewaltigen Schiffskatastrophen. Oftmals sind es technische Schäden, Material- oder Konstruktionsfehler, die sich plötzlich bemerkbar machen, wenn das Schiff mitten in See ist. Das war oft bei einem englischen Dampfer vor ein paar Tagen der Fall. Er verlor plötzlich die Schiffschraube und das Wasser drang durch die Schraubenwand in das Schiffsinnere. In ganz kurzer Zeit standen die Maschinenräume unter Wasser. Selbst die Funkstation mußte außer Betrieb gesetzt werden, weil es nicht mehr möglich war, in das Innere des Funkenraums einzudringen. Dann wieder kommt es vor, daß ein Dampfer von einem anderen gerammt wird. Ein einziger Anprall genügt, und eines der Schiffe wird „tot“, läuft voll Wasser und legt sich auf Schiffsflöße. Schließlich entsteht ein Teil der Schiffskatastrophen noch durch Feuer, wir erinnern nur an den fatalen Brand auf der „Kreuzer“, der fast das ganze Schiff vernichtet hätte. Auch Explosionen sind keine Seltenheit, entweder dadurch, daß ein Maschinenkegel in die Luft fliegt oder aber, weil das Schiff eine leicht entzündbare und explosive Ladung mit sich führt. So tauchen bei jedem Schiff dann und wann unangenehme Möglichkeiten auf, Vorfälle, mit denen selbst der unglücklichste Kapitän nicht gerechnet hätte und besiegeln das Schicksal von Mann und Maus. Draußen auf den schäumenden Wellen des Wasser gibt's selten Rettung. Oftmals eilen andere Schiffe zur Hilfe, wollen dem in Seenot befindlichen Dampfer Hilfe bringen, doch die Entfernung ist zu groß, das Lichtscheinlicht hat entgegengesetzten Kurs, und daszweifellos liegen die nächsten Wettermittel, die jede Annäherung unmöglich machen. Tausende haben ihr Leben auf hoher See gelassen, Millionenente haben die Wasser gekostet, ein Schicksal, das immer wiederkehrt, solange es Seefahrt gibt.

Die Dünung der Ozeane im Sommer. In den Kreisen der Obdächter und Gartenfreunde herrscht nicht die Meinung vor, die Ozeane kehren nur im Herbst oder gegen das Frühjahr einer Dünung; das ist ein Irrtum. In manchen Fällen ist die geringe Obsternte allein auf die Vernachlässigung des Düngens im Sommer zurückzuführen. Die Sommer-Dünung ist auch aus dem Grunde an-

zuraten, weil hierdurch das massenhafte Abfallen der Herbst- und Winterfrüchte verhindert und die Bildung der Frucht günstig beeinflusst wird. Letzteres Zweck dienen besonders flüssige Düngungen in Form von Saucen oder Latrine oder als Mägen künstlicher Bolidinger. Verwendet man Saucen oder Latrine, so empfiehlt sich die Beigabe von Superphosphat (20 Gramm auf einen Eimer Wasser), weil diese Düngemittel arm an Phosphorsäure sind. Im übrigen bringt man mehr in der Gegend der Kronenträfte, das ist feinstreut unter den äußersten Seitenzweigen und noch etwas darüber hinaus, weil sich hier die meisten Laugwurzeln befinden, die allein die Nährstoffe aufzunehmen in der Lage sind. In der Nähe des Stammes liegen die tieferen Wurzeln, die nur Salzfleier sind. Nur in gelochteren Düngungen, und zwar bei älteren Baumstämmen bringt man einen größeren Teil der Baumflüssigkeit, weil hier die Wurzeln der Nachbarsäume überreifen. Von feinen Düngern verabschiedet man auf einen Quadratmeter etwa 30 Gramm 40-prozentiges Kali, 40 Gramm Superphosphat und 30 Gramm Montanalkalper. Bei Verwendung von Saucen oder Latrine kann man die Schlößfuge um etwa die Hälfte verringern, also 15 Gramm Montanalkalper geben. Flüssige Dünger dürfen noch Juli nicht mehr verabreicht werden, damit das junge Holz bis zum Eintritt der ersten Kräfte ausreifen kann. Nicht ausgereiftes Holz leidet benanntlich unter der Einwirkung von Kröten.

Der Knollenfäulepilz. Die vielen tödlichen Pilzergiftungen der letzten Zeit geben Veranlassung, auf den grünen Knollenfäulepilz, der gefährlichsten aller Pilze, hinzuweisen. Er kann infolge seiner grünen Farbe mit grünen Zäublinen, vor allem aber mit dem als Spelepilz gefürchteten Grünling verwechselt werden. Von diesem unterscheidet er sich durch die weissen Knollen (Blätter auf der Unterseite des Stiles) und dem weissen oder grünlichen mit einem zarten Ring versehenen Stiel, der am Fuße knollig verbleibt. Er kommt hauptsächlich im Mittelwald unter Eichen von August an vor. Der Grünling hat gelbe Knollen und einen gelben Stiel ohne Ring und ohne Knollen. Er wächst gewöhnlich erst im September in ländlichen Kiefernwäldern. In Nadelwäldern findet sich auch der weisse oder gelbe Knollenfäulepilz, der stark zu Verwüsthungen mit Champignons gibt. Da auch er weisse Knollen am Fuß und knolligen Stiel besitzt, zwei Eigenschaften, die den Champignons fehlen, so muß der Kenner ihn leicht unterscheiden können. Die Verwüsthung muß nachdrücklich gemauert werden, Risse zu sammeln, über deren Unschädlichkeit sie nicht genau unterrichtet ist. Unangenehme Stunden nach dem Genuss von Pilzen Verwüsthungen auf (Hochzeit) Erbkräften, Schwindel, Erbrechen u. s. w. so ist sofort ein Arzt zu Rate zu ziehen. Die letztere ärztliche Behandlung einleitet, umso günstiger sind die Heilungsaussichten.

Achtung! Alles singt mit Achtung!  
im „Schützenhaus“ am Sonntag, 24. Aug., abds. 8 Uhr.

## Großer moderner Tanz-Abend

angeführt von der  
Nauvburger Stimmgangs-Jazz-Sport-Kapelle  
unter Mitwirkung des Bandonium-Virtuosen  
Nauvburger  
Neue Schlagermusik! Neue Schlagermusik!

Es ladet freundlichst ein  
**Der Schützenhauswirt.**

## Stadt-Lichtspiele Preuss. Hof

Sonntag, den 24. August, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
„Tarzan und der goldene Löwe“  
Ferner  
„Das Zirkuskind“

Es ladet freundlichst ein **Vorgwardt.**

Abonnieren Sie die

## Elegantwelt

Das tonangebende  
Mode- und Gesellschaftsblatt  
PREIS PRO HEFT 1 RM  
QUARTAL 6 RM  
Probenummern gratis u. franko

Verlag: Dr. Selle-Eysler A-G, Berlin SW 68

## Abfah-Gettel

Wetral haben die Recht der können wahllosen so-  
me kann werden sollen, selbst das (Kaufrecht), lang-  
u. Mißf. dieses Personen gegen diesen nach dem 1. 1. 1900. 1. 1. 1900.  
6-8 Wochen ab 11-20 RM, 10-10 Wochen ab 20-25 RM,  
10-12 Wochen ab 25-30 RM.

pro Stück ab 100. Barante für sechs Tiere, sechs Tiere, sechs Tiere, sechs Tiere  
nach 14 Tage nach Empfang. Diese können direkt vom Verkäufer, oder 1/2 u. 1/2  
Brennstoffe, Kohlen, u. s. w. in der Nähe der 1. 1. 1900. 1. 1. 1900.

Wiederhand **Fortkord, Schloß Holte 190 i. Westf.**

**Ohne Reklame kein Geschäft!**

## Das erfolgreiche Anzeigenblatt

Probenummern kostenlos durch die  
Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Peterstraße 19

Das erfolgreichste Anzeigenblatt

Probenummern kostenlos durch die  
Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Peterstraße 19

## Olympia

Olympia-Korrespondenz-Schreibmaschine  
Buchungsmaschine mit Rechenwerk u. Saldomate

**EUROPA-GÄSSER-MARSHALL & CO.**  
Fabrik und Verkaufsbüro: ERFURT, Mainzerhofplatz 13  
Fernsprecher: ERFT 4620-23

Büros: Berlin N. 24, Friedrichstr. 110-112, Bismarck-Kaiser-Wilhelm-Str. 88-90, Dortmund, Südwall 19, Dresden, Neustädter Markt 11, Düsseldorf, Wilhelmstr. 12, Erfurt, Mainzerhofplatz 13, Frankfurt a. M., Friedensstr. 2, Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Str. 25-31, Hannover, Am Schloßgraben 18, Köln, Waisenbörse 78, Leipzig, Nicolaistr. 10, Magdeburg, Otto-u. Guerickestr. 11, Mannheim, G. 7, 25, München, Kaufinger Str. 3, Nürnberg, Lorenz-Platz 12, Stuttgart, Tübinger Str. 33.

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro-Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreter

**Turnverein W. Nebr**  
Hente (Sonabend) 8<sup>1/2</sup> Uhr  
**Versammlung**  
im „Katskeller“

**la Eiderfettkäse 20%**  
3 Pfund 3,20, 6,30 Netto  
Dauermilchfabrik Neuburg.

## Haarausfall

beseitigt sofort  
und endgültig

## Papillantin

ein ernsthaftes  
wissenschaftlich  
ausprob. Mittel

**Vollkur RM 5.50**  
Zu haben in der  
Adler-Druggerei Walter Gutschmied, Nebra

## Lästiger Schweißgeruch

Bei übermäßigem Schweißabsonderung an Händen, Füßen und in den Achselhöhlen, sowie Geruchsbelästigung, besonders bei heißer Luft, Leodoranz-Creme. Tube 1 Mark. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Von jetzt ab  
nur noch

## Wolko-Schuhe

werden auch Sie sagen, wenn Sie  
einmal Wolko-Schuhe getragen haben.  
So bequem, so strapazierfähig,  
so Kleidsam sind Wolko-Schuhe.

Und dabei so billig!

Herren- u. Damenschuhe zu Einheitspreisen  
**8.75 10.75 12.75 14.75**

Reichhaltige Auswahl bei:  
**Herm. Sachse** Schuhmachermeister

## Drucksachen

liefert  
prompt  
und  
preiswert  
die

aller Art  
für alle Geschäftszwecke  
für jeden Privatbedarf  
in besten Ausführungen

**Buchdruckerei Wilh. Sauer**

# Neuroer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuroer

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM. — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Neuroer: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Postamt 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Neuroer — Bankverein Arttern.

Nr 100

Sonnabend, den 23. August 1930

43. Jahrgang

## Rücktritt des bayerischen Kabinetts.

Der Landtag lehnt die Schlachtfleuer ab.

München, 21. August.

Zu der letzten Volltagung des Bayerischen Landtages schloß sich an die Regierungserklärungen zur Schlachtfleuerfrage eine mehrstündige Aussprache an, in der die Redner der einzelnen Parteien nochmals ihren schon bekannten Standpunkt darlegten.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Schlachtfleuerverordnung der Staatsregierung wurde mit 65 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Italiäer, Sozialisten, der Deutschen Volkspartei und des Bauernbundes gegen 58 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen angenommen.

Finanzminister Dr. Schmelze erklärte dann, der Landtag habe ein Gesetz beschlossen, das nach seiner Überzeugung von den notwendigen Folgen für den bayerischen Staat sein werde. Nach den Vorschriften der Verfassung müsse dieses Gesetz vom Präsidenten des Landtages und dem Gesamtstaatsministerium verfertigt werden.

Es gehe gegen sein Gewissen, dieses Gesetz durch seine Unterschrift zu bezeugen. Dessen Konflikt der Präsident glaube er nur dadurch lösen zu können, daß er seinen Rücktritt von seinem Amt erkläre. Ministerpräsident Dr. Held hat unmittelbar nach der Plenarsitzung des Landtages dem Landtagspräsidenten schriftlich von dem Rücktritt des gesamten Ministeriums unterrichtet.

Nun ist durch die Schlachtfleuer, über die monatelang hin und her verhandelt worden war, das Kabinettsfeld erledigt worden, das in sechs Jahre-langer erfrischer und verantwortungsbewußter Arbeit in Bayern gute Aufbauarbeit geleistet hat. Da bei der Stärke der Bayerischen Volkspartei eine Regierung in München ohne ihre Mitarbeit nicht zu möglich ist, so wird man in Bayern ein Kabinettsfeld wiederherstellen, das unter der Führung dieser Partei, aber wohl kaum mit Held an der Spitze, hauptsächlich in besserem Einvernehmen mit den Berliner Zentralisten, die Geschäfte Bayerns lenken wird.

München, 22. August.

Nach den letzten politischen Ereignissen in Bayern ist im Augenblick ein ungeklärter Zustand eingetreten, da die bisherige Regierung, Held nach den Bestimmungen der bayerischen Verfassung vorläufig als geschäftsführendes Ministerium die Amtsgeschäfte weiterführt, die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung aber noch nicht aufgenommen worden sind. Answahl führt die Presse fort, sich mit der Lage befassen zu lassen.

So schreiben

die „Münchener Neuesten Nachrichten“

daß die bayerische Krise in ihren Voraussetzungen noch gar nicht zu übersehen sei. Eine Koalition aus Sozialdemokraten, Deutscher Volkspartei und Bauernbund ist theoretisch denkbar, würde aber nach ihrer eigenen Verfassung im Landtag verfallen. In einem Zeitartikel schreibt

die „Münchener Zeitung“

die ganze Initiative sei nun an eine Mehrheit übergegangen, die nicht handlungsfähig sei. Schon der Verzicht, Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten an einen Verhandlungstisch zu bringen, würde sich wie eine Komödie ausnehmen. Was für Bayern mit dieser Regierung verloren ging, werde dem Lande in der ganzen kühnen Bedeutung des Verfalls wohl erst am Bewußtsein eines tiefen schmerzhaften Bangens im Geiste um das eigene Leben Bayerns die Zusammenfassung der Kräfte verleihe, weil die Führung fehlt.

Keine rasche Lösung.

Mit einer schnellen Lösung der Krise kann nicht gerechnet werden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben zum großen Teil München bereits verlassen, um an der Wahlkammer für die Reichstagswahlen teilzunehmen, und es dürfte kaum damit zu rechnen sein, daß die sozialdemokratische Fraktionssitzung eine so vollständige Befreiung aufweisen würde, daß eine entscheidende Stellungnahme erfolgen könnte.

Im übrigen wird in sozialdemokratischen Kreisen die Ansicht laut, daß die Wochen knapp vor der Reichstagswahl überhaupt nicht geeignet seien, Verhandlungen über eine Regierungsbildung zu führen und daß diese Verhandlungen wohl erst nach dem 14. September durchführbar seien.

Landtagspräsident Stang hat an Ministerpräsident Dr. Held ein Schreiben übermittelt mit dem Inhalt des Landtages für die Arbeit im Dienste des bayerischen Heimatlandes. Der Präsident spricht die Hoffnung aus, daß die verbleibende Arbeit gute Früchte zeitigen und daß der große Gedanke eines tiefen schmerzhaften Bangens im Geiste eines starken Deutschen Reiches seine liegende Kraft erweisen werde.

## Der erste Schritt zur Reichsreform.

Das Reichsverwaltungsgericht.

Berlin, 21. August.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht durch das Reichskabinetts ist der erste Schritt zur Reichsreform getan.

Artikel 107 der Reichsverfassung bestimmt, daß im Reich und in den Ländern nach Maßgabe der Gesetzgebungswahlgerichte zum Schutz der einzelnen gegen Unord-

nungen und Verfügungen der Verwaltungsbehörden bestehen müssen. Die Zuständigkeit der bisher in den Ländern bestehenden Verwaltungsgerichte beschränkt sich auf die jeweils im Gesetz aufgeführten verwaltungsrechtlichen Einzelsachen. Das neu zu schaffende Verwaltungsgericht wird die Anklage darstellen, die allgemein zur höchstgerichtlichen Rechtsprechung über das Verwaltungsrecht berufen ist.

Diese Einrichtung des Reichsverwaltungsgerichts war eine dringende politische Notwendigkeit.

Schon im Jahre 1927 hat die Preussische Staatsregierung ein Angebot gemacht, das das Oberverwaltungsgericht mit dem Reichsverwaltungsgericht verschmolzen werden soll und die Preussische Staatsregierung hat auf diesen Zweck Personal, Gebäude und Bibliothek zur Verfügung gestellt. Der auf dieser Grundlage neu aufgebaute Entwurf des Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht lag nach eingehender Beratung zwischen dem Reichs- und dem preussischen Reichsrat fast mehr als Jahresfrist fertig vor. Er hat von der Reichsregierung nur deswegen nicht verabschiedet werden können, weil das Reichskabinetts mit anderen Aufgaben überlastet war. Der Reichsminister Geering hat schon im vorigen Jahre die Vorlage des Gesetzesentwurfes eingeleitet, er ist aber auch wegen Arbeitsüberfüllung nicht dazu gekommen, den gegebenenfalls überprüften den Entwurf vorzulegen.

Dieser jetzt vom Reichskabinetts verabschiedete Gesetzesentwurf stellt eine wesentliche Vereinfachung der Behörden des Reichs und der Länder vor, sowie eine ebenso dringend notwendige Vereinfachung des Verwaltungsrechtsweges der Länder.

Nach diesem Entwurf soll das Reichsverwaltungsgericht, das Kartellgericht und das Bundesamt für Heimatnamen mit dem Reichsverwaltungsgericht verschmolzen werden. Ebenso soll das Preussische Oberverwaltungsgericht in diesem Gericht aufgehen. Vier oberste Verwaltungsgerichte werden also zusammengelegt und das bedeutet eine wesentliche Entlastung der Verhandlungen mit Preußen und im wesentlichen durchgeführte. Die nach verbleibenden Punkte werden leicht erledigt werden können. Es ist zu erwarten, daß auch die Länder ihre höchstgerichtliche Verwaltungsrechtspflege dem Reichsverwaltungsgericht übertragen werden.

## Das neue Wahlgesetz.

Ein Entwurf des Reichskabinetts.

Berlin, 22. August.

Der Entwurf eines neuen Reichswahlgesezes, wie er vom Reichskabinetts verabschiedet worden ist, bringt über die im Reichstagesrat bereits beschlossenen wesentlichen Einzelheiten kaum neue Bestimmungen.

Der Entwurf beschließt nicht, grundlegend das bestehende Wahlsystem zu ändern, sondern im wesentlichen im Laufe der Jahre immer wieder erhobenen Forderungen gerecht zu werden, daß der Wähler Einfluß auf die Auswahl der Bewerber gewinnt.

Das war bei dem jetzigen System der langen gebundenen Listen nicht möglich. Diese langen Listen aber hatten ihren Grund in den über großen Wahlkreisen. Dadurch hat der Wähler keine Fühlung mit dem Bewerber, oder richtiger der Bewerber keine Fühlung mit dem Wähler. Deshalb ist es das Ziel des jetzigen Entwurfs, die langen Listen und die großen Wahlkreise zu beseitigen.

Ferner soll angestrebt werden, klare Wahlsverhältnisse im Parlament zu schaffen.

Aufgabe des Parlaments im Staat mit parlamentarischer Verfassung ist es, dem Staat die Führung zu geben. Diese Aufgabe kann, so heißt es in der Begründung des Entwurfs, das Parlament nicht erfüllen, wenn die Zerstückelung der Parteien überhand nimmt.

Ziel der Reform war somit die Abschaffung der Listen im bisherigen Sinne. Deshalb kommt die Reichsliste in Vorkraft, weil nur dadurch der Verfassungsgrundloß der Unmittelbarkeit der Wahl restlos gemacht und der Forderung der persönlichen Verbindung von Abgeordneten und Wählern Rechnung getragen wird. Bei der

Abmehmung der neuen Wahlkreise

ist man nach mannigfachen Untersuchungen und Berechnungen auf den Durchschnittswahlkreis von 385 000 Einwohnern gleich etwa 255 000 Stimmberechtigten gekommen. Bei einer Verteilungszahl von 70 000 Bürgern in einem Wahlkreis bei starker Wahlberechtigung zur Zeit drei Abgeordnete durchgebracht werden. Nach den bisherigen Erfahrungen wird es den großen Parteien, den Sozialdemokraten etwa in Berlin, dem Zentrum im Rheinland, unter Umständen möglich sein, mit 2 Abgeordneten aus dem Wahlkreis herauszugehen.

Da der ämtliche Stimmzettel in Wegfall kommt, wird man in Zukunft wieder die Parteilistenzettel verwenden, die den Namen der Bewerber enthalten müssen und auch die Besetzung ihrer Partei aufweisen dürfen. Zur Ermittlung des Wahlergebnisses wird die Zahl der auf die Parteien im Wahlverband entfallenden Stimm und ihre Unterverteilung auf die Wahlkreise dieses Verbandes festgestellt. Bei Einzelwählern ist lediglich das Erreichen der Verteilungszahl (70 000) zu ermitteln. Dieses Verfahren führt zunächst die Wahl des an erster Stelle der Liste stehenden Bewerbers, der zweite und dritte Bewerber findet erst Berücksichtigung, wenn dieser Stimmzettel nach dem ausgeforderten Teilzahlen wieder in die Reihe kommt. Die dann noch vorhandenen Reststimmen in den Wahl-

bezirken sollen in den Ländergruppen berücksichtigt werden.

Die zwölf Ländergruppen

ergeben sich für Norddeutschland im wesentlichen aus der provinziellen Gliederung Preußens, für Süddeutschland und Sachsen aus der Ländergliederung. Der größte Wahlkreis bildet die Wahlbezirk Berlin mit über 4 Millionen Einwohnern und 11 Wahlkreisen. Es folgen Sachsen-West mit 2,6 Millionen, Westfalen-Nord mit 2,6 Millionen, Westfalen-Süd und Oberhessen-Sachsen mit je rund 2,5 Millionen Einwohnern. Den kleinsten Wahlkreis bildet Ost-Preußen mit etwas über eine Million Seelen.

Bevorzugen ist noch, daß es nach dem neuen Entwurf der Eingliederung von Wahlberechtigten nicht mehr bedarf, und daß er der Bildung von Spitzengruppen entgegensteht. Innerhalb der Ländergruppen kann eine Bereinigung der Reststimmen nur insoweit erfolgen, als die betreffenden Parteien Stimm im Verband selbst erlangt haben.

Es beginnt zu tagen.

Wieder eine Forderung auf Revision des Youngplans.

Berlin, 22. August.

Der Präsident der Agricultural Economic Society von Großbritannien, Boston, erklärte im Anschluß an eine landwirtschaftliche Tagung in einer Unterredung, für die Lösung der internationalen Wirtschaftskrisis sei erstens die Revision des Youngplans und zweitens eine Verminderung der amerikanischen Forderungen gegenüber den alliierten Schuldnern erforderlich. Der Zusammenbruch des Youngplans werde voraussichtlich im Jahre 1932 oder spätestens 1933 erfolgen.

## Deutschfeindliche Demonstrationen.

Ausfaltungen in Kroatien und Polen.

Warschau, 22. August.

Die Legionäre, die Großmachtigen und einige andere verwandte Verbände veranstalteten in K r a t u a eine Kundgebung gegen die Rede von Trebitsch, an der sich den Mitgliedern der polnischen Presse zufolge etwa 10 000 Personen beteiligt haben sollen.

Es wurde eine von einem Abgeordneten verlesene Entschließung angenommen, die feststellt, daß das ganze polnische Volk bereit sei, seine Grenzen zu verteidigen. Dann sang die Menge das Lied von der ersten Brigade und das deutschfeindliche „Zola-Hymne“. Anschließend wollte die Menge vor das deutsche Konsulat ziehen, wurde daran aber von der Polizei verhindert.

Ferner fand im Zoologischen Garten in P o l e n eine große nationaldemokratische Kundgebung gegen die Rede des Reichsministers Trebitsch statt. Die Rede waren überfüllt. Nach den verschiedenen Ansprachen, die mit hitzerühriger Begeisterung begrüßt wurden, lang man am Schluß ins Stadtpark.

Das deutsche Sonder- und ernsterer Natur

lagen.

Entscheidungen. 7 bis, 22. August. 7 Millionen für Oberste Minderheits getroffen.

Landwirts Paus hat Caloner auf entschieden, daß Führers Wichtigkeit Dionia gegen die hohen Behörden an zu treffen, um zu verfehlen.

Die Beschränkung des Stimmrechts, weil er der die Entscheidung sich weigerte, die Kommission vorzubringen die Akten ihm sein, da eine formellen Bestimmungen, sondern übertrug dem Sinn und Geist der Genfer Konvention übertrage.

Die polnische Regierung hat die beiden Entschiedenungen nicht angenommen. Der Deutsche Volksbund hat daraufhin vor dem Gemischten Kommission erklärt, daß er die Beschränkungen an dem Stimmrecht ableiten werde.

## Die Angstpsychose in Frankreich.

Daladier für Verständigung.

Paris, 22. August.

Der Vorsitzende der radikalsozialistischen Partei und ehemalige Minister Daladier befaßt sich in seinem Organ „Republique“ mit der Aufnahme, die das Buch General

